

Grünes NRW – Land der Chancen und der Gerechtigkeit!

Gegenstand:	Grünes NRW – Land der Chancen und der Gerechtigkeit!
Anmerkungen	Beschluss

Grünes NRW – Land der Chancen und der Gerechtigkeit!

30.5.2015

1 Als wir GRÜNE 2010 die Regierungsverantwortung in NRW übernommen haben, hatte
2 unser Bundesland fünf Jahre der sozialen Spaltung durch Schwarz-Gelb hinter sich.
3 Kinder mussten früh auf verschiedene Schulformen verteilt werden, Kopfnote wurden
4 eingeführt, Bildungsaufstieg wurde so erschwert. Vor den Hochschulen des Landes
5 versperrte eine Campus-Maut vielen jungen Menschen ohne wohlhabende Elternhäuser
6 den Zugang zum Studium. Die Städte und Gemeinden waren nach einem gigantischen
7 Beutezug der Regierung Rüttgers finanziell ausgeblutet.

8 In fünf Jahren haben GRÜNE in der rot-grünen Koalition Teilhabe, Gerechtigkeit und
9 soziale Chancen zum konkreten Leitmotiv des politischen Handelns gemacht. Die
10 Studiengebühren und die Kopfnote wurden abgeschafft, das längere gemeinsame
11 Lernen boomt, Kindertagesstätten und Schulsozialarbeit wurden gestärkt, die Städte
12 und Gemeinden erhalten so viel Geld vom Land wie nie zuvor, um ihre Aufgaben vor Ort
13 gut meistern zu können.

14 NRW ist in fünf Jahren sozialer und gerechter geworden. Aber wir wissen, dass noch
15 ein weiter Weg vor uns liegt. Denn trotz konjunkturell guter Lage nimmt die Spaltung der
16 Gesellschaft weiter zu, sind Menschen erwerbslos und werden sozial ausgegrenzt, ist
17 Leben mit Kindern oft ein Armutrisiko. Wir GRÜNE werden in unserer Politik für
18 Gerechtigkeit nicht nachlassen, bis wir mit Überzeugung sagen können: Alle Menschen
19 haben gleiche Chancen, sind sozial abgesichert und wir haben das Auseinanderdriften
20 der Gesellschaft gestoppt. Unsere Grüne Vision von NRW ist die eines Landes der
21 Chancen und der Gerechtigkeit!

22 **Armut und Angst bedrohen gesellschaftlichen Zusammenhalt**

23 Sind mit der Einführung eines Mindestlohns, der Konjunktur und der gesunkenen
24 Langzeiterwerbslosigkeit die Hauptursachen für Armut und Abhängigkeit entfallen?
25 Mitnichten. Zwar werden 40% des Bundeshaushalts für Soziales ausgegeben. Dennoch
26 gelten noch immer rund 12 Millionen Menschen bundesweit als arm oder von Armut
27 bedroht und der Deutsche Kinderschutzbund geht davon aus, dass in diesem Jahr 2,5

28 Millionen Kinder in Armut leben. Zudem leben knapp 40 Prozent aller Alleinerziehenden
29 von Hartz IV – in NRW sogar 46 Prozent.

30 Allen Bürgerinnen und Bürgern soll laut Grundgesetz eine existenzsichernde Teilhabe
31 an den materiellen und geistigen Gütern der Gemeinschaft garantiert werden. Neuere
32 Studien zeigen, dass Deutschland sich auch im OECD-Durchschnitt von diesem Ziel
33 immer weiter entfernt. Ein besonderes Problem sind die wachsende Kinderarmut, die
34 weiterhin wirksamen starken Benachteiligungen im Bildungssystem und die prekäre
35 Situation von alten Menschen und "Armut trotz Erwerbsarbeit (working poor)".

36 Zudem erleben wir eine zunehmende Ausgrenzung und Stigmatisierung armer und von
37 Armut bedrohter Menschen. Die gesunkene Erwerbslosenquote trägt zu einer
38 ungerechtfertigten ablehnenden Haltung diesen Menschen gegenüber bei. Für einen
39 Teil unserer Gesellschaft scheint sich das Vorurteil zu bestätigen, dass jede*r einen
40 existenzsichernden Job bekommen kann der/die sich nur richtig bemüht. Diese
41 Annahme ist schon rein rechnerisch nicht haltbar. Denn ein großer Teil der steigenden
42 sozialversicherten Beschäftigungsverhältnisse liegt im Teilzeitbereich. Nach wie vor
43 fehlen, gerade in strukturschwachen Regionen, sozialversicherungspflichtige Vollzeit-
44 und vollzeitnahe Arbeitsplätze und eine entsprechende Infrastruktur bei Mobilität und
45 Kinderbetreuungsangeboten, damit auch Menschen mit Kindern existenzsichernd
46 arbeiten können. Dennoch manifestiert sich bei einem immer größer werdenden Teil der
47 Bevölkerung die Überzeugung, dass die Gründe für Arbeitslosigkeit ausschließlich bei
48 den Arbeitslosen selbst zu finden seien.

49 Im Ergebnis spaltet sich unsere Gesellschaft immer weiter auf: Menschen, die im
50 Reichtum leben; Menschen, die mit ihrer sozialen Lage zufrieden sind, vielfach aber
51 Angst vor einem sozialen Abstieg haben, und eine größer werdende Gruppe sozial-
52 abgehängter Menschen. Gegen dieses gesellschaftliche Klima arbeiten wir GRÜNE an
53 und wollen neue Chancen schaffen.

54 **GRÜNES Leitbild: Chancen, soziale Sicherheit, freie Entfaltung,** 55 **gerechte Verteilung**

56 Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns GRÜNE, dass alle Menschen an der
57 Gesellschaft teilhaben können und wir das Auseinanderdriften der Gesellschaft
58 gestoppt haben. Dieses Ziel zu erreichen ist eine solidarische Gemeinschaftsaufgabe.
59 Unsere Politik für Chancen und Teilhabe ist nicht bevormundend und sie ist nicht
60 staatsnaiv. Grüne Sozialpolitik schafft die Voraussetzungen für die gerechte Verteilung
61 von Gütern, sie schafft hochwertige und individuelle Angebote in Bildung, Gesundheit,
62 Wohnen und Kultur, an denen alle teilhaben können. Grüne Sozialpolitik sorgt
63 außerdem für eine angstfreie, armutsfeste Existenzsicherung, so dass Menschen
64 individuell und frei über ihr Leben entscheiden können. Wir ermutigen und befähigen
65 sie, ihre Chancen wahrzunehmen. An diesem Leitbild werden wir auch unsere Politik für
66 NRW weiter ausrichten. Wir sehen diese Herausforderungen auch in einem
67 europäischen Kontext. Gerade in Zeiten einer tiefgreifenden europäischen Finanz- und

68 Wirtschaftskrise sehen wir die zunehmende soziale Spaltung in Europa mit großer
69 Besorgnis. Unsere Anstrengungen für ein gerechtes NRW sind eingebunden in den
70 Kampf für ein sozialeres Europa. Wir streiten unter anderem für eine europäische
71 Arbeitslosenversicherung, für soziale Grundrechte in der EU, die gerechte
72 Lebensbedingungen für alle schafft, und für das Ende einer blinden Kaputtsparpolitik.

73 **Gutes Aufwachsen und gleiche Chancen für alle Kinder und** 74 **Jugendlichen**

75 Gleiche Bildungschancen sind noch nicht für alle Kinder und Jugendlichen
76 gleichermaßen gegeben. Unsere Bildungspolitik bemüht sich daher um ein Mehr an
77 Bildungsgerechtigkeit und eine verbesserte Teilhabe an Bildung. Denn gute Bildung
78 bedeutet die Möglichkeit, eigenverantwortlich sein Leben in die Hand zu nehmen.

79 Noch immer hängt in Deutschland der Bildungserfolg zu sehr von der sozialen Herkunft
80 ab. Wir haben in NRW in den letzten Jahren bereits viele Blockaden aufgelöst und
81 Maßnahmen durchgesetzt, um gute Bildung für alle Kinder zugänglich zu machen. Aber
82 wir haben noch viel vor.

83 Gerade Kindertageseinrichtungen und die frühkindliche Bildung legen den Grundstein
84 für den Bildungserfolg von Kindern. Der im Kinderbildungsgesetz festgeschriebene
85 eigenständige Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtung in Verbindung mit der
86 Vereinbarung über die Bildungs- und Erziehungsarbeit soll kindgerechte, individuelle
87 Bildungsprozesse von Anfang an gewährleisten. GRÜNE haben daher den KiTa-Ausbau
88 in NRW beschleunigt und in die Qualität der Einrichtungen investiert. Für Personal und
89 Qualifizierungsmaßnahmen haben wir seit 2010 zusätzlich 390 Millionen Euro jährlich
90 bereitgestellt. Durch 6.000 neue Stellen verbessern wir Schritt für Schritt die Qualität
91 und den Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung. Um
92 Bildungsgerechtigkeit von Anfang an zu ermöglichen, haben wir plusKitas geschaffen.
93 Damit werden Einrichtungen mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderem
94 Unterstützungsbedarf durch die Finanzierung von zusätzlichen Personalstellen gezielt
95 gefördert und so die Bildungschancen gestärkt. Wir investieren weiter in
96 Familienzentren in benachteiligten Quartieren, um allen Kindern und deren Familien
97 gute Angebote zu machen.

98 Unser Ziel für alle Schulen des Landes bleibt mehr Zeit für individuelle Förderung.
99 Deswegen wollen wir auch weiterhin dafür sorgen, dass auch bei zurückgehenden
100 Schüler*innenzahlen die Lehrer*innenstellen in der Schule erhalten bleiben. Kinder und
101 Jugendliche früh nach vermeintlichen Begabungen auf verschiedene Schulformen zu
102 sortieren wird unserem Bildungsverständnis nicht gerecht. Seitdem GRÜNE in NRW
103 regieren, gibt es einen Boom des längeren gemeinsamen Lernens: In den letzten
104 Jahren sind über 200 neue Schulen entstanden, die Kinder länger gemeinsam fördern
105 und nicht schon nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schulformen aufteilen. Wir
106 werden auch in den nächsten Jahren den Ausbau der Schulen des längeren
107 gemeinsamen Lernens und des Ganztags weiter vorantreiben. Ein vielgliedriges

108 Schulsystem steht vom Ansatz her im Widerspruch zum Gedanken der
109 Bildungsgerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

110 Schule bereitet unsere Kinder auf das Leben vor, sie ist "Gesellschaft im Kleinen". Es ist
111 an uns, hier einen Begegnungsort von Gleichberechtigung und Wertschätzung zu
112 schaffen. Wir wollen starke Schulen, die zu umfassender Bildung befähigen. Dazu
113 gehört auch die Bürgerrechts- und Menschenrechtsbildung sowie Bildung für
114 nachhaltige Entwicklung. Deshalb öffnen wir GRÜNE die Schulen für das Leben und
115 ermöglichen allen Kindern, sich in die unterschiedlichsten Bereiche der Gesellschaft
116 einzubringen. So schaffen wir es, dass jedes Kind dafür stark gemacht wird, seinen
117 Platz zu finden.

118 Mit dem Projekt "Kein Abschluss ohne Anschluss" hat NRW als erstes Flächenland ein
119 einheitliches und effektives Instrument der präventiven Schul-, Jugend- und Sozialarbeit
120 eingeführt. Wir wollen weitere Strukturen schaffen, um jedem Jugendlichen seinen
121 Anschluss zu ermöglichen. Eine geschlechtsdifferenzierte, niederschwellige
122 Berufsorientierung ist dazu notwendig. Zudem wollen wir auch für junge Menschen, die
123 nach dem Schulabschluss wenig Bezug und Zugang zum Bildungssystem haben, neue
124 und niedrigschwellige Weiterbildungsangebote schaffen. Ausbildung muss die
125 Bildungsinteressen der Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen.

126 Der nationale Bildungsbericht stellt Deutschland bei der Frage der Integration von
127 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein beschämendes Zeugnis aus.
128 Bildungsgerechtigkeit ist noch lange nicht ausreichend gesichert. Um hier besser zu
129 werden, wollen wir mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Lehrberuf
130 gewinnen und im Weiterbildungsbereich Angebote für Menschen mit
131 Zuwanderungsgeschichte auf- und ausbauen. Zudem gilt es, auch die Eltern von
132 Kindern mit Migrationshintergrund stärker als Akteur*innen in das Schul- und Kita-Leben
133 einzubeziehen.

134 Auch stehen wir in der Verantwortung, jedem Kind ein gesundes Leben zu
135 gewährleisten. GRÜNE nehmen diese Verantwortung wahr. Besonders heißt das für
136 uns: gute Ernährung und genug Zeit für Bewegung. Die Fortschreibung der
137 Zusammenarbeit mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung, das Schulobst- und
138 Milchprogramm und Programme zur Gesundheitserziehung überbrücken soziale
139 Unterschiede und machen gesundes Leben für jedes Kind möglich – unabhängig vom
140 Einkommen der Eltern. Gute Bildung von klein auf ist das Fundament, auf das in der
141 Ausbildung, in den Berufsschulen, in Bildung und Forschung an den Hochschulen und
142 in der Weiterbildung aufgesetzt werden kann. Dieses Fundament wollen wir stärken,
143 Teilhabe an fortführender Bildung fördern und damit zur freien Entfaltung beitragen.

144 **Neue Perspektiven durch gute Arbeit mit Zukunft**

145 Trotz der guten konjunkturellen Lage in Deutschland ist ein Viertel der Bevölkerung in
146 NRW dauerhaft oder zeitweilig von Erwerbslosigkeit, unsicheren

147 Einkommensverhältnissen und mangelnder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
148 betroffen. Ökonomische Unsicherheit, Armut und sozialer Ausschluss reichen bis in die
149 Mitte der Gesellschaft. Sogar Menschen mit hochwertigen Abschlüssen und
150 erfolgreichen Berufswegen haben oftmals die Erfahrung gemacht, wie leicht eine
151 sichere Existenz in Gefahr gerät. Auch die sogenannte Mittelklasse fürchtet immer mehr
152 den sozialen Abstieg.

153 Besonders groß sind die sozialen Risiken jedoch für Alleinerziehende und ihre Kinder,
154 für Menschen mit gesundheitlichen Problemen und für gering Qualifizierte. Armut
155 bedeutet mehr, als wenig Geld zu haben. Zu Armut gehört auch ein Mangel an
156 gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und vielfältige Formen der Diskriminierung.
157 Für die meisten Personen, die dauerhaft oder immer wieder auf ALG II angewiesen
158 sind, ist das Leben ein ständiger Kampf gegen den weiteren sozialen Abstieg und
159 Ausgrenzung. Dieser Kampf ist nahezu unsichtbar, doch er prägt das Leben von
160 Menschen, für die eine neue Schuhgröße zur Unzeit eine echte Herausforderung und
161 der Kollaps der Waschmaschine eine Katastrophe darstellt.

162 Nicht nur in NRW sind regelrechte „Armut-Hochburgen“ entstanden. Die
163 landespolitischen Initiativen der rot-grünen Regierung – von der Fortsetzung des
164 Bildungs- und Teilhabepakets bis hin zum Modellprojekt „Sozialer Arbeitsmarkt“ –
165 können die bemerkenswerte sozialpolitische Ignoranz der Bundesregierung allein nicht
166 ausgleichen.

167 Soziale Exklusion stellt eine große Herausforderung für die Zukunft der Gesellschaft
168 und der Wirtschaft dar. Es droht die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in die
169 „Produktiven“ und die „Überflüssigen“. Doch die Bundesregierung unternimmt nichts,
170 um dem Spaltungstrend entgegenzuwirken. Im Gegenteil: Die Mittel der aktiven
171 Arbeitsmarktpolitik wurden seit 2010 um rund ein Drittel gekürzt. Wir dürfen aber nicht
172 zulassen, dass es zu einem dauerhaften Ausschluss vom allgemeinen Arbeitsmarkt
173 kommt. Zusätzlich ist seit Jahren in einem großen Teilbereich eine massive
174 Verfestigung und Verhärtung von Langzeitarbeitslosigkeit zu beobachten. Die
175 betroffenen Menschen erreichen wir mit den aktuell zur Verfügung stehenden
176 Instrumenten kaum. Daher brauchen wir öffentlich geförderte Beschäftigung und
177 Arbeitsgelegenheiten mit Beschäftigungsangeboten, die sich auch am
178 Normalitätsrahmen des ersten Arbeitsmarktes orientieren. Es ist falsch zu glauben,
179 dass der demographische Wandel diese Probleme löst. Doch die Große Koalition im
180 Bund hat das Ziel der Armutsbekämpfung praktisch aufgegeben. Bis heute weigert sie
181 sich darüber hinaus – im Gegensatz zu anderen Ländern – im Rahmen der EU 2020-
182 Strategie auch nur ein Ziel zur Armutsbekämpfung festzulegen.

183 Wir brauchen eine grundsätzliche Neubewertung und Neuorganisation von Arbeit. Im
184 sogenannten Dritten Sektor, in zivilgesellschaftlichen Institutionen, in neuen
185 Dienstleistungsbereichen, in der Kinderbetreuung und in der Altenpflege, werden überall
186 Menschen gebraucht. Viele dieser in Zukunft immer wichtigeren Tätigkeiten werden

187 vornehmlich von Frauen ausgeübt, sind häufig stressbelastet, genießen kein hohes
188 Ansehen und werden niedrig bezahlt. Aufgabe von Politik muss es sein, für diese
189 Arbeitsbereiche bessere Rahmenbedingungen und Lohnniveaus zu schaffen, so dass
190 die Berufsbilder attraktiver werden, z.B. durch planbare und familienfreundliche
191 Arbeitszeiten und mehr gesellschaftliche Anerkennung. Beispielhaft haben GRÜNE in
192 der Landesregierung dafür gesorgt, dass die Fördermittel bei der Pflegeausbildung seit
193 2010 verdoppelt wurden und NRW damit zum Vorreiter bei der Förderung der
194 Pflegeberufe geworden ist. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

195 **Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durchsetzen**

196 Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnen, Mobilität,
197 Kultur. Nach wie vor gibt es aber viele Barrieren in Bezug auf gleichberechtigte Teilhabe
198 am gesellschaftlichen Leben sowie auf die Selbstbestimmung. Wer arm ist, kann viele
199 gesellschaftliche Angebote nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen. Dies gilt auch für
200 die steigende Zahl an Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen, denen wir durch eine echte
201 Willkommenskultur sowie den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt wie
202 auch umfassende Gesundheitsversorgung und spezielle Angebote für traumatisierte
203 Menschen eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen wollen.

204 Es ist eine zentrale Grüne Forderung, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu
205 ermöglichen. So entstanden durch Grüne Initiative Beratungs- und
206 Unterstützungseinrichtungen wie die Kompetenzzentren für Selbstbestimmtes Leben,
207 das Aktionsprogramm „Obdachlosigkeit verhindern – Weiterentwicklung der Hilfen in
208 Wohnungsnotfällen“. Auch das NRW-Sozialticket unterstützt die Teilhabe an Mobilität.
209 Diese Angebote wollen wir weiter fördern und finanzieren.

210 Wir unterstützen die Entwicklung hin zu einem inklusiven Gemeinwesen, bei dem die
211 Kommunen, Stadtteile und Quartiere so gestaltet werden, dass alle Menschen - mit und
212 ohne Behinderungen - gleichberechtigt im Quartier leben, am gesellschaftlichen Leben
213 teilnehmen und im Bedarfsfall eine Versorgung im Wohnumfeld gesichert werden kann.
214 Die Vielfalt der kulturellen Wurzeln, Lebensstile und Identitäten seiner Bewohner*innen
215 prägen das städtische wie auch dörfliche Gemeinwesen. Dies muss sich auch in der
216 Quartiersgestaltung und der sozialen Infrastruktur niederschlagen.

217 Dort, wo die Menschen leben und wohnen, muss es auch Geschäfte, Kommunikations-
218 und Werkräume sowie Einrichtungen für Junge, Alte und Menschen mit
219 Beeinträchtigung geben. Die städte- und wohnungsbauliche Entwicklung der letzten
220 Jahrzehnte befördert eher die Isolation als das Zusammenleben in der Gemeinschaft.
221 Wir setzen uns für Städte und ländliche Räume mit sozialer Durchmischung ein. Die
222 Wohnarchitektur soll verschiedene Lebensphasen und die unterschiedlichen Belange
223 der Geschlechter berücksichtigen sowie die soziale Kommunikation, das
224 generationenübergreifende Miteinander und den interkulturellen Dialog fördern.

225 Selbstbestimmung und Teilhabe dürfen auch dann nicht aufhören, wenn die
226 Lebenssituation besondere Herausforderungen bereithält. Es widerspricht dem Recht
227 auf Selbstbestimmung und Teilhabe, wenn Menschen mit Behinderung oder
228 Pflegebedarf nicht selbst bestimmen können, wo sie wohnen und mit wem sie wohnen
229 wollen. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für eine generationen- und
230 inklusionsgerechte Gestaltung der Wohnquartiere ein und für einen
231 Paradigmenwechsel: Weg von Groß- und Sondereinrichtungen, hin zu
232 quartiersbezogenen Wohn-, Pflege- und Unterstützungsangeboten, die eine
233 umfassende Versorgungssicherheit im selbst gewählten Wohnquartier bieten. Dies gilt
234 auch für Menschen, die „rund um die Uhr“ eine Unterstützung benötigen.

235 Auch die Teilhabe an Kunst, Kultur und Sport gehört für die meisten Menschen zu
236 einem lebenswerten Alltag dazu. Um diesen Zugang zu gewährleisten, müssen immer
237 wieder Barrieren überwunden und Brücken gebaut werden. Ermäßigungen in Museen,
238 Theatern und Büchereien sind wichtig, um den Ausschluss ganzer Gruppen vom
239 kulturellen Leben zu verhindern. Doch nicht immer werden diese Angebote
240 angenommen. Das liegt auch daran, dass die Hemmschwelle, sich an der Kasse
241 gegenüber Fremden als „unterstützungsbedürftig“ zu outen, sehr hoch ist. Gerade
242 deshalb haben Projekte eine große Bedeutung, die auf von Armut betroffene Menschen
243 zugehen oder sie direkt einbeziehen.

244 **Grundsicherung bedeutet mehr als Überleben**

245 Neben den Angeboten einer hochwertigen Infrastruktur muss auch die materielle
246 Grundsicherung verbessert werden, um die persönlichen Voraussetzungen für Teilhabe
247 zu schaffen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Leistungen in Hartz IV nicht
248 armutsfest sind. Vielmehr noch: Hartz IV verhindert eine gleichberechtigte Teilhabe am
249 gesellschaftlichen Leben. Die Angst vor dem sozialen Abgehängtsein zieht sich
250 mittlerweile durch alle sozialen Schichten. Wir brauchen eine neue armutsfeste und
251 angstfreie Grundsicherung.

252 Die Grundsicherung muss so konzipiert und berechnet sein, dass eben nicht nur das
253 physische, sondern das soziokulturelle Existenzminimum garantiert ist. Sie nimmt auch
254 das Bedürfnis der Menschen nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ernst. Dazu
255 gehören neben der Pflege des eigenen Freundeskreises auch mal ein Besuch des
256 Kinos oder ein Kneipenabend. Die Bundesregierung hat den Regelsatz künstlich
257 kleingerechnet. Neueste Berechnungen von Wissenschaft und Wohlfahrtsverbänden
258 gehen davon aus, dass ein armutsfester Regelsatz bei mindestens 450 Euro monatlich
259 liegen müsste. Für Alleinerziehende ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung und der
260 Ganztagschulen von besonderer Bedeutung, um den Lebensunterhalt für die Familie
261 bestreiten zu können. Sie brauchen aber darüber hinausgehende Unterstützung. Wir
262 begrüßen, dass endlich der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende erhöht werden soll.
263 Um zielgenau Alleinerziehende mit geringem oder mittlerem Einkommen zu entlasten,
264 wollen wir ihn aber um eine Steuergutschrift ergänzen. Zudem wollen wir den

265 Unterhaltsvorschuss reformieren und dabei die Begrenzung der Bezugsdauer auf sechs
266 Jahre abschaffen sowie die Altersgrenze auf das vollendete 18. Lebensjahr anheben.

267 Isolation und Einsamkeit gehören ebenso zu den Nebenwirkungen eines Lebens am
268 Minimum wie die ständig schwelende Existenzangst. Insbesondere drohende
269 Sanktionen und der damit verbundene Entzug der Lebensgrundlagen machen oftmals
270 den Kontakt zu Arbeitsagentur und Jobcenter zu einer Qual. Eine Zusammenarbeit auf
271 Augenhöhe sieht anders aus. Nicht Sanktionen, bürokratische Zumutungen und
272 Gängelung, sondern faire Spielregeln und Motivation der Arbeitsuchenden müssen
273 unser Ziel sein. Deswegen fordern wir GRÜNE ein Ende der Sanktionen im Bezug von
274 Sozialleistungen.

275 Die Heranziehung des Einkommens der im Haushalt lebenden Erwachsener als
276 Berechnungsgrundlage der Bedarfsgemeinschaften im ALG II lehnen wir als mittelbare
277 Diskriminierung ab. Sie benachteiligt vor allem Frauen, weil so eine finanzielle
278 Abhängigkeit zementiert wird. Wir GRÜNE stehen für die Umstellung auf eine
279 individuelle Existenzsicherung, auch in den sozialen Sicherungssystemen

280 Das Problem der Entwicklung der letzten zehn Jahre ist nicht nur ein ökonomisches.
281 Ebenso dramatisch für den Einzelnen ist das Fehlen gesellschaftlicher Anerkennung,
282 das frustrierende Gefühl, ersetzbar zu sein und nicht mehr gebraucht zu werden.
283 Deshalb arbeiten wir auch für einen inklusiven Arbeitsmarkt. Nicht umsonst ist
284 „Respekt“ der Schlüsselbegriff für viele Jugendliche. Vielen von ihnen fehlt in der
285 Gesellschaft vor allem Zugehörigkeit, Achtung, Wertschätzung. Das Auseinanderdriften
286 der Gesellschaft ist längst kein Prozess mehr, der sich auf eine einzelne Gruppe
287 beschränkt. Es betrifft potenziell alle. Deshalb müssen Staat und Gesellschaft eine klare
288 Botschaft formulieren: Wir können und wollen auf niemanden verzichten, jede und jeder
289 wird gebraucht! Wir wollen allen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen!

290 Gerade angesichts der drohenden Spaltung der Gesellschaft müssen die politischen
291 Strategien neu ausgerichtet werden. Was wir brauchen ist ein Zusammenwirken von
292 Verteilungsgerechtigkeit, öffentlichen Gütern und echten Mitwirkungsrechten. Denn erst
293 Wahl- und Gestaltungsrechte ermöglichen die so oft beschworene Eigenverantwortung
294 des Individuums. Der schlichte Appell zu mehr Eigenverantwortung spricht den
295 Bürger*innen hingegen ab, sich bisher verantwortlich verhalten zu haben. Vollends
296 unredlich ist der Verweis auf Eigenverantwortung, wenn ein ganz bestimmtes Verhalten
297 durch Sanktionsdrohungen erzwungen werden soll. Nach der derzeitigen Lage haben
298 die Mitarbeiter*innen in den Jobcentern zu wenig Handlungsmöglichkeiten, um den
299 Betroffenen echte Angebote mit Perspektive geben zu können. Das muss sich ändern.

300 Zur Armutsbekämpfung gehören einerseits Maßnahmen wie ein deutlich höherer
301 Regelsatz und die Einführung einer Kindergrundsicherung, bei der dem Staat alle
302 Kinder gleich viel wert sind und mit der Kinder- und Familienarmut systematisch
303 bekämpft wird. Andererseits benötigen wir auch eine vielfältige Infrastruktur, die nicht
304 zum Nulltarif zu haben ist. Wenn den Kommunen nicht mehr ausreichend Mittel zur

305 Verfügung stehen, um Schwimmbad, Bibliothek, öffentlichen Nahverkehr,
306 Freizeitmöglichkeiten und Sozialarbeit gewährleisten zu können, kann auch kein
307 Gutschein weiterhelfen, mit dem der kostenlose Zugang ermöglicht wird. Die
308 Finanzierung der kommunalen Daseinsfürsorge muss dauerhaft gesichert werden.
309 Hierzu zählt gerade im ländlichen Raum eine aktive Wirtschaftsförderung um
310 wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und zu schaffen sowie ein
311 ÖPNV-Angebot, das die Fahrt zum Arbeitsplatz überhaupt ermöglicht.

312 Uns ist aber auch klar: Die Möglichkeiten des Staates, sozialer Exklusion entgegen zu
313 wirken, sind begrenzt. Soziale Integration kann nur dann gelingen, wenn sich die
314 Mehrheitsgesellschaft an ihr beteiligt. Der Staat allein kann diese Aufgabe nicht
315 übernehmen. Partizipation braucht auch zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und
316 individuellen Beteiligungswillen. Die Sicherung des Existenzminimums und die
317 Verhinderung von materieller Armut ist eine staatliche Kernaufgabe. „Teilhabe“
318 funktioniert aber nur, wenn der Staat bereit ist, seinen Bürgerinnen und Bürgern die
319 Fähigkeit zur Selbstbestimmung auch zuzugestehen.

320 **Gerechtigkeit braucht eine gerechte Steuerpolitik und leistungsfähige Länder und** 321 **Kommunen**

322 Für uns GRÜNE ist die Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit eine gerechte
323 Steuer- und Finanzpolitik. Bund, Länder und Kommunen brauchen Geld, um in
324 Gerechtigkeit und Bildung zu investieren und die notwendigen öffentlichen und sozialen
325 Leistungen zu erbringen. Den Schulden der öffentlichen Hand stehen derzeit
326 gigantische private Vermögen gegenüber. Alleine die privaten Vermögen des reichsten
327 Prozents der Bevölkerung sind höher als alle öffentlichen Schulden in Deutschland
328 zusammen. Zu große Ungleichheit schadet allen und untergräbt den sozialen
329 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sozialer Zusammenhalt ist jedoch der beste
330 Nährboden einer lebendigen Demokratie. Die gigantischen Vermögen, die selbst in
331 Krisenzeiten weiter wachsen, werden aber kaum oder gar nicht besteuert.

332 Die Bundesländer tragen große Verantwortung für die Zukunftsherausforderungen bei
333 Bildung, Betreuung und Erziehung – Themen, die uns Grünen besonders am Herzen
334 liegen und bei denen jetzt entscheidende Weichen für die Zukunft unseres
335 Gemeinwesens gestellt werden. Außerdem müssen die Bundesländer bei weiteren
336 Zukunftsaufgaben, wie den sozialpolitischen Herausforderungen, einer modernen und
337 nachhaltigen Infrastruktur, der Energiewende sowie dem Kampf gegen die Klimakrise
338 mit anpacken. Eine finanzielle Stärkung dieser Zukunftsbereiche wird eine
339 gesellschaftliche Rendite erbringen, die den Mitteleinsatz deutlich übersteigt.
340 Umgekehrt wird der fortgesetzte Verfall der öffentlichen Infrastruktur kommenden
341 Generationen immense Kosten aufbürden. Die Länder müssen daher gerade aus
342 Gründen der Generationengerechtigkeit in die Lage versetzt werden, verstärkt in die
343 Zukunft zu investieren und dauerhaft die Schuldenbremse einhalten zu können.

344 Leider sind durch unzureichendes gesetzgeberisches Handeln von Bund und Ländern
345 sowie durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zwei wichtige
346 Landessteuern unter massiven Druck geraten. Nachdem im Jahr 1995 die
347 Vermögensteuer in der bis dahin geltenden Fassung vom Bundesverfassungsgericht
348 beanstandet wurde, hat das höchste deutsche Gericht im vergangenen Dezember die
349 Erbschaftsteuer bereits zum zweiten Mal für verfassungswidrig erklärt, da die
350 Verschonungsregeln bei Betriebsvermögen dem Gleichbehandlungsgrundsatz
351 widersprechen.

352 Aus Reihen der Wirtschaft wurde aus Angst vor einer höheren Belastung daher auch
353 schon die Abschaffung der Erbschaftsteuer gefordert. Damit würde ihr ein ähnliches
354 Schicksal drohen wie der Vermögensteuer, die aufgrund unterlassener Novellierung
355 nach dem Urteil nicht mehr erhoben wird. Beide Steuern sind jedoch elementar für die
356 Finanzierung der Bundesländer.

357 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzen sich aus diesen Gründen dafür ein, die
358 Vermögensteuer verfassungskonform wieder einzuführen und die Erbschaftsteuer unter
359 Neuregelung der Verschonungsregeln dauerhaft als Landessteuer zu stärken. Dabei ist
360 es unser Ziel, die Einnahmen aus diesen Steuern deutlich zu erhöhen. Wir bekräftigen
361 mit dieser Position den rot-grünen Koalitionsvertrag. Den Gesetzentwurf einzelner
362 Länderfinanzminister aus dem Jahr 2012 halten wir für eine gute Grundlage für die
363 Wiedereinführung der Vermögensteuer. Bei der Neuausgestaltung dieser Steuern
364 haben wir dabei die Unternehmen – ganz besonders die vielen klein- und
365 mittelständischen Betriebe – im Blick, die nicht in ihrer Existenz gefährdet werden
366 dürfen. Arbeitsplätze, die dauerhaft für Produktivität und Steuereinnahmen in NRW
367 sorgen, wollen wir erhalten. Die künftige Ausgestaltung dieser Steuern muss diesem
368 Aspekt zielgenau Rechnung tragen.

369 Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich
370 weiter auseinander gegangen. Bereits über ein Drittel des gesamten Vermögens gehört
371 nur einem Prozent der Bevölkerung, während die Hälfte der Bevölkerung in der
372 Bundesrepublik über kein nennenswertes Vermögen verfügt. In keinem Land der Euro-
373 Zone sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland. Gleichzeitig tragen hohe
374 Vermögen immer weniger zur Staatsfinanzierung bei. Die steuerrechtliche Bevorzugung
375 von Kapitalvermögen gegenüber anderen Einkunftsarten, wie z.B. bei der
376 Abgeltungssteuer ist ungerecht, nicht mehr zeitgemäß und verstärkt die fortschreitende
377 Vermögensungleichheit. Erbschaft- und Vermögensteuer gehören zu den wichtigsten
378 Instrumenten, um diese Entwicklung zu korrigieren. Daher ist es für uns GRÜNE eine
379 Frage der Gerechtigkeit, dass hohe Vermögen und Erbschaften zukünftig wieder einen
380 deutlich höheren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens und zur
381 Finanzierung der Zukunftsaufgaben in NRW und den anderen Bundesländern leisten.
382 Vermögenskonzentration höher zu besteuern ist wesentlich gerechter als den Faktor
383 Arbeit hoch zu besteuern.

384 Mit den deutlich höheren Einnahmen aus der Wiedereinführung der Vermögensteuer
385 und der novellierten Erbschaftsteuer können die Länder sowohl notwendige
386 Investitionen in gute Bildung und Ausbildung, öffentliche und digitale Infrastruktur und
387 den sozialen Zusammenhalt tätigen, als auch die Schuldenbremse einhalten. Diese
388 Investitionen sind nicht nur für eine moderne und gerechte Gesellschaft wichtig,
389 sondern sind auch die Grundlage für eine leistungsfähige, nachhaltige Volkswirtschaft
390 und erfolgreiches unternehmerisches Handeln.

391 Auf Landesebene können wir einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens
392 leisten, indem wir Steuerflucht effektiv bekämpfen und uns nicht am
393 Überbietungswettbewerb der Länder in Sachen Duldung von Steuerhinterziehung und
394 -flucht durch mangelhaft ausgestattete Finanzbehörden beteiligen. Aus diesem Grund
395 setzt die Landesregierung auch mit unserer Unterstützung auf den Ankauf von Steuer-
396 CDs, um Steuerhinterziehung effektiv auszutrocknen sowie auf die Arbeit neu
397 eingestellter Betriebsprüfer*innen.

398 Außerdem muss die Leistungsfähigkeit der Kommunen gesichert werden. Es kann nicht
399 sein, dass Kommunen in konjunkturell schwierigen Zeiten und im Strukturwandel
400 gleichzeitig geringere Einnahmen aus der Gewerbesteuer bekommen und schnell
401 anwachsende höhere soziale Kosten finanzieren müssen. Für die grundgesetzlich
402 garantierte Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ist der Bund verantwortlich. Deshalb
403 fordern wir, dass der Bund sich deutlich stärker als bisher an den sozialen Kosten wie
404 den Kosten der Unterkunft, der Eingliederungshilfe wie auch an den Kosten für die
405 Versorgung und Eingliederung von Flüchtlingen beteiligt. Die in der Vergangenheit
406 durch die Strukturprobleme zusätzlich entstandene Schuldenlast soll der Bund zu einem
407 angemessenen Teil durch einen Altschuldentilgungsfonds ablösen

408 **Gerechtigkeit ist Freiheit und Nachhaltigkeit**

409 Wir alle wollen frei leben und uns in dieser Gesellschaft entfalten können. Dieses Recht
410 beanspruchen wir für alle Menschen in unserem Land. So frei kann aber nur leben, wer
411 nicht permanent den Verlust der eigenen Existenzgrundlage fürchten muss und als
412 „Unterschicht“ in den abgehängten Teil einer neuen Klassengesellschaft gedrückt wird.

413 Die Freiheit, die wir meinen, ist kein Privileg. Sie ist ein Grundrecht und Voraussetzung
414 für eine wirklich demokratische Gesellschaft. Denn die Teilhabe aller Menschen an
415 unserer Demokratie ist nur möglich, wenn wir sie über soziale Teilhabe auch für die
416 Schwächsten unter uns ermöglichen. Chancen für jeden und jede und soziale
417 Gerechtigkeit sind die Voraussetzung für Freiheit, für Kreativität, für Zusammenhalt, für
418 Demokratie. Sie ist die Voraussetzung für ökologische Modernisierung und
419 ökonomische Erneuerung. Durch die Überwindung von Ausgrenzung und Armut
420 vermeiden wir auch Folgekosten für die nächsten Generationen. Auf dieser Grundlage
421 der Nachhaltigkeit werden wir auch weiterhin unsere Politik ausrichten